

Wahlprüfstein DIE LINKE

Vielfalt Leben - QueerWeg Verein für Thüringen e. V.
Asbach-Straße 36
99423 Weimar

DIE LINKE gegen Diskriminierung wegen sexueller Orientierung,
Geschlechtsidentität und Beziehungsformen

Ehe für alle

1. Wie stehen sie zur vollständigen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe bzw. zur Öffnung der Ehe für nichtheterosexuelle Menschen? Welchen weiteren Anpassungsbedarf sehen Sie in der Gesetzgebung zum Adoptionsrecht? Welche konkreten Initiativen haben Sie unternommen oder sind Ihrerseits in Planung, damit die entsprechenden Gesetze und Vorschriften verändert werden?

DIE LINKE und ihre Quellpartei PDS haben seit nunmehr über 25 Jahren stets für die vollständige Gleichbehandlung gekämpft. Seit der vorletzten Legislaturperiode haben wir permanent Anträge und Gesetzentwürfe zur Öffnung der Ehe eingebracht. In den Bundesländern, wo wir an Regierungen beteiligt sind oder diese anführen haben wir versucht im Bundesrat über Initiativen tätig zu werden.

Reproduktionsmedizin

2. Unterstützen Sie Verbesserung der gesetzlichen Regelungen auf dem Gebiet der Reproduktionsmedizin für LSBTIQ*? (z.B. Kostenübernahme durch Krankenkassen bei künstlicher Befruchtung bei lesbischen Paaren wie bei heterosexuellen Paaren).

Ja, DIE LINKE unterstützt den Kinderwunsch von Lesben sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen. Die Kosten müssen aus Sicht der LINKEN übernommen werden.

Verbot von „Homo-Heilungen“

3. Wie stehen Sie zu einem gesetzlichen Verbot sogenannter Konversionstherapien zur angeblichen „Heilung“ nicht-heterosexueller Menschen?

Zwar würden auch die bestehenden Gesetze und Standesverordnungen ausreichen, dieser Scharlatanerie und Körperverletzung ein Ende zu setzen, aber dies scheint nur unzureichend angewandt zu werden. Da es einen internationalen Trend des Promotens solcher „Heilungen“ gibt, sollte aus Sicht der LINKEN eine gesetzliche Klarstellung erfolgen.

Erweiterung Artikel 3 GG

4. Es gibt verschiedene Initiativen, den Artikel 3 GG um die Formulierung „sexuelle Identität“ zu erweitern. Welche Position nimmt hier Ihre Partei ein?

DIE LINKE hat mehrfach Gesetzentwürfe zur Erweiterung von Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ eingereicht und wir stehen weiterhin hinter dieser Forderung. Sie ist richtig. Sie ist notwendig.

Bildung/Aufklärung

5. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Themen der Vielfalt sexueller Identitäten, Orientierungen und Lebensweisen in Schule und Unterricht in angemessener Weise behandelt werden? Setzen Sie sich für einen „Aktionsplan für Vielfalt“ auf Bundesebene ein, der Homophobie und Transphobie entgegenwirkt und die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTIQ* erhöht?

Die Bildungs- und Aktionspläne der Länder sind fortzuführen und sie müssen in allen Bundesländern implementiert werden. Hier steht der Bund in der Pflicht zu garantieren, dass der Flickenteppich nicht weiter existiert. Die 2009 von Rot-Rot in Berlin gestartete Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und die Akzeptanz sexueller (und geschlechtlicher) Vielfalt“ hat bundesweit Schule gemacht. DIE LINKE setzt sich für den Ausbau und die Weiterentwicklung von Aufklärungs-, Beratungs- und Antidiskriminierungsangeboten ein. Dies sollte auf Bundesebene koordiniert werden. Nachholbedarf besteht besonders in der Verzahnung der Angebote im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung und den Gedanken der Intersektionalität. Ein bundesweiter Aktionsplan ist überfällig.

Situation trans- und intergeschlechtlich Menschen

6. Welche Maßnahmen halten Sie für sinnvoll und welche Initiativen haben und werden Sie ergreifen, um die aktuelle Situation trans- und intergeschlechtlicher Menschen in Deutschland zu verbessern?

- a) **Wie stehen Sie zu einem Ausbau der Beratungsangebote und der sozialen, psychologischen und medizinischen Unterstützung von Menschen, die ihr Geschlecht anpassen möchten?**
- b) **Wie stehen Sie zu weiteren Änderungen des Personenstandsrechtes auch nach den letzten Gesetzesänderungen aus dem Jahr 2013? (z.B. Handhabung von Geschlechtseinträgen)**
- c) **Welche Maßnahmen unterstützen Sie, um unnötige chirurgische Behandlungen von intergeschlechtlichen Menschen zu verhindern? Welches Vorgehen halten Sie für bereits in der Vergangenheit verursachtes Leid für angemessen?**

DIE LINKE hat in der Vergangenheit zahlreiche Anträge für die Verbesserung der Menschenrechtssituation von trans- und intergeschlechtlichen Menschen eingebracht. Wir streben ein Verbot aller geschlechtsangleichenden Operationen vor der Einwilligungsfähigkeit an. Das bisherige TSG soll abgeschafft werden und die bestehenden Gesetze sollen so geändert werden, dass alle Menschen ohne Begutachtung oder eine sonstige Hürde frei ihr Geschlecht und ihren Vornamen wählen können.

LSBTIQ*-Asylsuchende

7. Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach zum Schutz von LSBTIQ*-Asylsuchenden ergriffen werden? (z.B. Problematik der sicheren Herkunftsstaaten, Situation in Flüchtlingsunterkünften)

Es hat sich als sinnvoll erwiesen besondere Einrichtungen für LSBTTI-Geflüchtete zu schaffen. Diese Einrichtungen existieren bislang nur in wenigen Städten. Sie müssen aus Sicht der LINKEN bundesweit ausgebaut werden. Gerade restriktive und staatliche Maßnahmen wie die Residenzpflicht sind hier gerade für LSBTI-Geflüchtete hinderlich. Es sollte einen gesonderten Ansprechpartner im BAMF zu dieser Thematik geben, der mit besonderen Befugnissen ausgestattet ist, sodass LSBTI-Geflüchtete umgehend aus einer gefährdeten Situation gelangen. Das Konstrukt der sicheren Herkunftsstaaten lehnt DIE LINKE ab.

Außenpolitik und internationale Entwicklungshilfe

8. Welche außenpolitischen Ziele bzgl. LSBTIQ*-Themen bestehen aus Ihrer Sicht? Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um auf EU-Ebene und weltweit Menschenrechte für LSBTIQ* durchzusetzen? Wie können Bürger_innen in anderen Staaten vor repressiver Gesetzgebung, Diskriminierung und Gewalt geschützt werden (Kriminalisierung von Homosexualität - bis hin zur Todesstrafe - in derzeit ca. 80 Staaten)?

Die deutsche und die EU Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit sollte sich im Hinblick auf die Emanzipation von LSBTI an den Yogyakarta-Kriterien orientieren. Eine verstärkte Verzahnung mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung ist hier aus Sicht der LINKEN geboten. Es muss darauf hingewirkt werden, dass die Kriminalisierung von LSBTI in allen Staaten der Erde abgeschafft wird. Das Soziale und eine emanzipative Entwicklung sollte im Vordergrund stehen. Neoliberale Anpassungsprogramme verschärfen die soziale Ungleichheit und können reaktionäre Gegenbewegungen befeuern. DIE LINKE fordert den konsequenten Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, allerdings unter der Prämisse, dass dies nicht nach den wirtschaftlichen Paradigmen der Geberländer, also einer Fortführung des neoliberalen Diktats geschieht, bei der die Menschen des Südens in noch mehr Abhängigkeit geraten, so wie dies in Teilen bislang geschieht. Wir fordern Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf eine soziale, gerechte und emanzipatorische Gesellschaft. In den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit muss die Kooperation mit LSBTI-gruppen und Vertreter_innen verankert werden. Doch nur im Zusammendenken des sozialen und des emanzipativen Gedankens, kann man gerade reaktionären Gegenbewegungen in den Staaten des Südens vorbeugen. Auf EU-Ebene sind die Antidiskriminierungsrichtlinien weiter auszubauen und im Falle von Verstößen gegen die Menschenrechte (z.B. Roma-Verfolgung in Ungarn) endlich auch wirksamen Sanktionen zu treffen.

Aufhebung des Blutspendeverbots

9. Werden Sie sich für die Aufhebung des bestehenden Blutspendeverbots für Männer, die mit Männern Geschlechtsverkehr haben (MSM), einsetzen?

Ja, DIE LINKE ist für die Aufhebung eines generellen Verbots von MSM, aber nur unter der Bedingung, dass ein Fragenkatalog erarbeitet wird, der die Risiken einer HIV- oder Hepatitis-Transmission, gerade auch im Hinblick auf das diagnostische Fenster, ausschließt. Es handelt sich hierbei um epidemiologische Fachfragen, bei denen generell die Sicherheit der Blutspende für alle Menschen an oberster Stelle stehen muss.